

AFFÄREN

STEIGENBERGER

Hitlers Erbe

An einem schwülen Augusttag des Jahres 1957 veräußerte der Freistaat Bayern, vertreten durch seinen damaligen SPD-Finanzminister Friedrich Zietsch, sieben Berchtesgadener Hotels und Pensionen aus der Konkursmasse Adolf Hitlers an den Frankfurter Großhotelier Albert Theodor Steigenberger. Ludwig Ganghofers Sentenz „Wen Gott lieb hat, den läßt er fallen in dieses Land“ wurde damit für Steigenberger zur beglückenden Gewißheit.

Der Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags möchte heute, sieben Jahre nach der Transaktion, endlich Gewißheit darüber haben, warum Steigenberger so außerordentlich weich fiel.

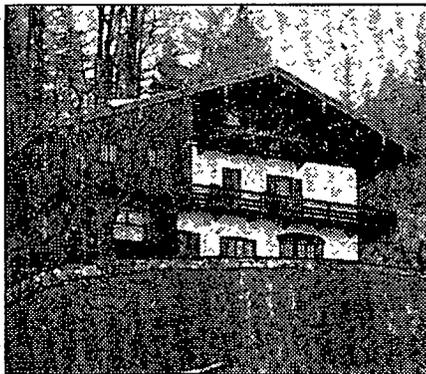
Der aus dem niederbayrischen Degendorf stammende Hotelier kann den Parlamentariern keine Aufschlüsse mehr vermitteln: Albert Theodor Steigenberger verstarb 1958. Sein Sohn Egon, der seither den Konzern leitet, hält sich vorsichtig zurück: „Ob wir da ein gutes oder ein schlechtes Geschäft gemacht haben, weiß ich selber nicht.“

Für einen Kaufpreis von nur drei Millionen Mark, zahlbar in zehn bequemen Jahresraten, wurden die sieben von amerikanischen Besatzern okkupierten ehemaligen Nazi-Herbergen nebst einigen Dependancen und Wohnhäusern sowie 225 000 Quadratmetern Berchtesgadener Grund Steigenberger-Besitz. Der steuerliche Einheitswert der Anwesen — darunter der „Platterhof“, des Dritten Reiches prominenteste Jausenstation — betrug 1957 rund fünf Millionen Mark, ihr damaliger Verkehrswert sogar 20 Millionen Mark. Heutiger Schätzwert: 50 Millionen Mark.

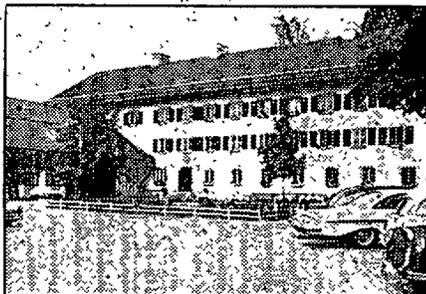
Zu den Steigenberger-Objekten gehörten neben dem „Hotel Platterhof“ (heute „General Walker“) die Herbergsunternehmen

- ▷ „Hotel Berchtesgadener Hof“,
- ▷ „Hotel Bellevue“,
- ▷ „Gutshof Obersalzberg“,
- ▷ „Hotel Deutsches Haus“,
- ▷ „Landhaus Speer“ (heute „Evergreen“),
- ▷ „Pension Göllhäusl“.

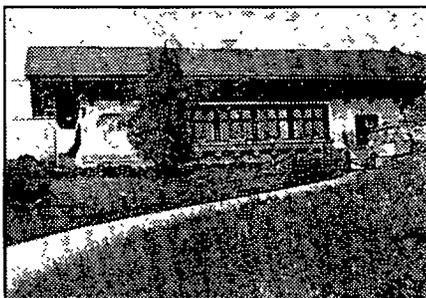
Der Sommerschlußverkauf im Berchtesgadener Winkel wäre nur schwerlich zum bayrischen Politikum und Gegenstand öffentlicher Erörterungen geworden, hätte der Oberste Rechnungshof des Freistaats nach langen Ermittlungen und trotz aller kunstvollen Verzö-



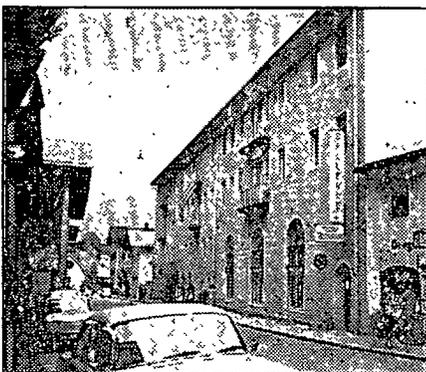
Pension Göllhäusl



Gutshof Obersalzberg



Hotel Evergreen (einst Landhaus Speer)



Hotel Bellevue

gerungen durch Bayerns Exekutive das Geschäft in seinem diesjährigen Prüfbericht nicht doch noch beanstandet.

Als der Haushaltsausschuß des Münchner Landtags am 29. Oktober 1957 in geheimer Sitzung von dem ebenso geheimen Inhalt des Kaufvertrages Kenntnis erhielt, hatten die Volksvertreter an dem Schleuderverkauf der braunen Immobilien nichts auszusetzen gehabt.

Des Führers Berchtesgadener Vergangenheit zu bewältigen, war noch nicht gelungen. Gleich nach dem Kriege hatte der damalige sozialdemokratische Ministerpräsident Hoegner vorgeschlagen, Hitlers architektonische Überbleibsel im Berchtesgadener Land — trotz alliierter Luftangriffe waren sie teilweise ausgezeichnet erhalten — zu liquidieren. Jährelang ging die Vokabel „schleifen“ um.

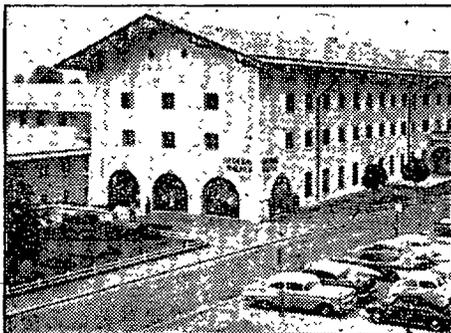
Zum Äußersten war es jedoch nicht gekommen, teils, weil den US-Besatzern die Alpenlandschaft prächtig behagte, teils, weil die Einheimischen bewußt darauf spekulierten, des Führers Bild einer staunenden Touristenwelt wenigstens in der baulichen Staffage zu erhalten. In der Tat formierten sich alsbald die Pilgerkolonnen enträunter Wohlstandsbürger zum Marsch auf den Obersalzberg.

Berchtesgaden blühte auf. Und auch das bayrische Staatswesen machte seinen Schnitt: Jährlich zahlte der Bund dem Land Nutzungsentschädigungen von etwa einer halben Million Mark dafür, daß GIs die rund 500 historischen Betten der sieben Anwesen besetzt hielten.

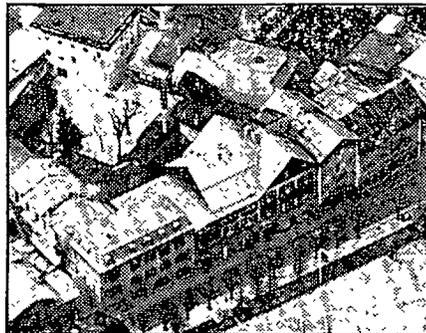
Alles schien in guter Ordnung, da drang 1957 jäh die schlimme Kunde ins Münchner Finanzministerium, die Amerikaner wollten Berchtesgaden räumen.

Die Informanten durften als zuverlässig und kompetent gelten: Theodor Jacob, unter und nach Hitler Berchtesgadener Landrat, und Donald Curtis, ziviler US-Manager der von den Amerikanern behauten Objekte im Alpenwinkel, hatten immer wieder ebenso diskret wie dringlich den Ausmarsch angekündigt.

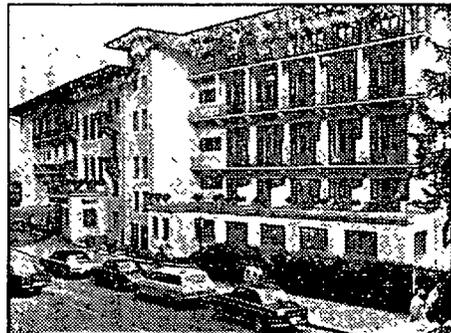
Vor das Antlitz der bayrischen Finanzverwaltung drängte sich das Schreckbild eines von Amerikanern entleerten Obersalzbergs, für dessen Herbergswesen nunmehr sie, die Bürokratie, verantwortlich sein sollte. So kam das Interesse Steigenbergers, mit dem der Freistaat bereits vorher ein siebenstelliges Hotel-Geschäft zur beiderseitigen Zufriedenheit abgewickelt hatte, äußerst gelegen. Heute memoriert Dr. Knöpke, Egon Steigenbergers Schwager und Finanzdirektor: „Meiner Erinne-



Hotel General Walker (einst Platterhof)



Hotel Deutsches Haus (1963)



Hotel Berchtesgadener Hof

Steigenberger-Hotels in Berchtesgaden: Schätzwert 50 Millionen, Kaufpreis 3 Millionen

nung nach bot Bayern uns den Komplex an.“

Vor dem Haushaltsausschuß begründete der damalige Ministerialdirigent (und heutige Ministerialdirektor) im bayrischen Finanzministerium Fritz Freudling, warum man mit Steigenberger so rasch und zu den jetzt umstrittenen Konditionen handelseinig geworden sei. Dem Land sei es unmöglich, jene Hotels, die demnächst von den Amerikanern freigegeben würden, in eigener Regie wirtschaftlich zu betreiben. Abgesehen von mancherlei Schwierigkeiten, seien schon allein die Zinslasten für die erforderlichen Investitionen zu hoch.

Außerdem, so hatte sich Freudling vernehmen lassen, habe sich der Hotelier verpflichtet, außer dem Kaufpreis einen eventuellen Bereicherungsanspruch des Bundes für mittlerweile von den Amerikanern getätigte werterhöhende Einbauten an das Land Bayern in Höhe von rund vier Millionen Mark zu zahlen. Dafür übernahm das Land diverse Nebenkosten und trat hinfert dem neuen Herrn von Berchtesgaden jene Nutzungsentschädigungen ab, die Bonn den Bayern für die Überlassung des Hotelkomplexes an die Amerikaner noch zu leisten hatte.

Der Haushaltsausschuß zollte Freudlings Referat Beifall. Einige Abgeordnete bezeichneten zwar die Zahlungsbedingungen — die ausstehenden Raten sollten nur mit zwei Prozent Jahreszins belastet werden — als recht kulant, wiesen aber gleichzeitig darauf hin, daß Steigenberger bei dem bevorstehenden



Hotel-Käufer Steigenberger, Sohn Egon: „Wen Gott lieb hat ...“

Abzug der Amerikaner beträchtliche Investitionsrisiken übernehme.

Noch einmal ergriff der Ministerialdirigent das Wort zu einer seiner Ansicht nach theoretischen Darlegung: Zögen die Amerikaner beispielsweise binnen zehn Jahren nicht aus, sei Steigenberger natürlich „ein feiner Mann“, weil er dann die Immobilien „beinahe umsonst“ erworben habe. Die Volksvertreter belächelten diesen kleinen Scherz gebührend.

Freudlings Überlegung hatte eine simple Basis. Jährlich mußte Steigenberger eine Kaufrate von 300 000 Mark an das Land entrichten, gleichzeitig aber würde er von Bonn bis zum Abzug der Amerikaner jährlich eine halbe

Million Mark Nutzungsentschädigungen erhalten. In zehn Jahren hätte Steigenberger mithin einen Überschuß von zwei Millionen Mark erzielt. Mit dieser Summe hätte er sogar noch den möglichen Bereicherungsanspruch des Bundes, der für den Fall wertsteigernder Investitionen durch die Amerikaner vereinbart worden war, zur Hälfte abdecken können. Am Ende hätte Steigenberger in jenem Fall für das braune Erbe insgesamt nur noch zwei Millionen Mark zu zahlen.

Angesichts der Alarmmeldungen des Berchtesgadener Landrats Jacob und des US-Managers Curtis über den bevorstehenden Auszug der Amerikaner hielten die Abgeordneten es allerdings für ausgeschlossen, daß Steigenberger ein derart lukratives Geschäft über den Hoteltisch ziehen könnte.

Erst als der bayrische Rechnungshof das Steigenberger-Projekt aus der Versenkung emporholte, wurde den Beamten und Abgeordneten klar, daß Freudlings Theorie der Hotelspiele inzwischen nahezu Wirklichkeit geworden ist: Noch heute halten die Amerikaner Berchtesgadens Nazihotels bis auf eines besetzt, und vom Auszug ist keine Rede.

Mehr als dieser nicht bedachte Umstand störte allerdings die Rechnungsprüfer, daß Bayerns Finanzministerium ihnen die Unterlagen des Vertrages jahrelang vorenthalten hatte. Das Protokoll jener Haushalts-Sitzung, in der Freudling die Abgeordneten über die Notwendigkeit des Abschlusses informiert hatte, ist dem Rechnungshof trotz aller Bemühungen bis heute nicht zugänglich gemacht worden.

Trocken konstatierten die Prüfer, aufgrund der Vertragskonditionen habe Steigenberger noch vor Fälligkeit seiner ersten Kaufrate — am 1. September 1958 — von Bund und Land 788 613,37 Mark kassiert, also mehr als das Zweieinhalbfache seiner Jahresraten. „Hinzu kommt, daß (Steigenberger) die erworbenen Grundstücke als Beleihungsobjekte zur Verfügung standen.“

Darüber hinaus bemängelten die weißblauen Prüfer den angesichts eines Einheitswerts von fünf Millionen Mark unglaublich niedrigen Preis von drei Millionen. Welche Berechnungen und Wertermittlungen das Finanzministerium angestellt hatte, blieb dem Rechnungshof laut Prüfbericht im wesentlichen schleierhaft, ebenso, warum es notwendig gewesen sein soll, überhaupt und derart „rasch“ zu verkaufen. Schließlich rügten die Prüfer den Umstand, daß der Vertrag Steigenberger nicht einmal verpflichtet, die Gebäude nach ihrer Freigabe auch wirklich als Hotels zu verwenden.

Schließlich erregte auch ein Nachtragsvertrag, den der CSU-Finanzminister Eberhard, Nachfolger des Sozialdemokraten Zietsch, mit Steigenberger geschlossen hatte, beim Rechnungshof starkes Mißfallen.

Als wolle Bonn dafür Sorge tragen, daß Steigenbergers Geschäftsglück nicht in den bayrischen Himmel wachse, blieb die Bundesregierung dem Hotelier seit dem 1. Dezember 1958 plötzlich die Nutzungsentschädigung schuldig. Statt Bargeld offerierte Bonn komplizierte juristische Reflexionen über Besatzungsstatut und Kontrollratsdirektiven. Die A. Steigenberger KG auf Aktien mußte den Bund verklagen, und das Landgericht Traunstein hat dem Begehren des Hoteliers mittlerweile dem Grunde nach stattgegeben.



Ex-Landrat Jacob



Bayernparteilerner Panholzer

... den läßt er fallen in dieses Land“

BANKEN

MÜNEMANN

Um 18 Uhr Feierabend

Abgesehen davon, daß der Bund seinen eventuellen Bereicherungsanspruch bislang noch nicht geltend gemacht hat — wohlhabende Amerikaner, Engländer und Franzosen drängen wie nie zuvor zu den frühen Stätten der Nazizeit. Einmal geräumt, dürfte Steigenbergers Berchtesgadener Hotellerie — allein der Bau des „Platterhof“ verschlang seinerzeit 50 Millionen Reichsmark — sich zu einer ergiebigen touristischen Bonanza entwickeln.

Während Christsoziale und Sozialdemokraten im Bayrischen Landtag noch über die Verantwortung an dem Desaster stritten — noch bevor der Landtag 1957 über den Kaufvertrag unterrichtet wurde, platzte die Koalitionsregierung unter Führung der SPD auf, und die CSU kam an die Macht —, fand sich unvermittelt ein allen Seiten genehmer Sündenbock: Joseph Panholzer, Bayernpartei und Finanzstaatssekretär unter dem SPD-Minister Zietzsch, hatte von Steigenberger senior 250 000 Mark genommen.

Allerdings hatte Panholzer keinen Pfennig für sich behalten. Als spezieller Liebhaber altertümlicher Baulichkeiten hatte Joseph Panholzer während seiner Amtszeit die Wiederherstellung der zerbombten Münchner Residenz forciert. Zu diesem Zweck hatte er ohne Beschwer Spenden von diversen Mäzenen entgegengenommen, darunter auch die Viertelmillion von Steigenberger.

Obwohl Panholzer nach Kräften bestreitet, daß der Abschluß des Kaufvertrags und die Hingabe des Spendengeldes in irgendeinem Kausalzusammenhang gestanden hätten, hatte Steigenberger auf dem 250 000-Mark-Scheck zunächst sicherheitshalber Ausstellungs-ort und Datum nicht vermerkt. Die fehlenden Angaben wurden erst eingesetzt, das heißt, der Scheck wurde erst einlösungs-fähig gemacht, nachdem das Land Bayern den Vertrag mit der Steigenberger KG rechtskräftig unterzeichnet hatte.

In der vorletzten Woche stellte der gleiche Haushaltsausschuß, der vor sieben Jahren zustimmend Kenntnis von den Grundstücksverkäufen genommen hatte, Nachforschungen darüber an, warum das Finanzministerium den Räumungsinformationen von dem damaligen Landrat Jacob und Manager Curtis einst Glauben geschenkt hatte, ohne weitere Prüfungen anzustellen. Unterdessen erschallt in München der Ruf nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß immer lauter.

Indes dürften sich die Beratungen in die Länge ziehen. So wird beispielsweise nicht leicht zu klären sein, wie es kam, daß Donald Curtis bald nach Vertragsabschluß für mehrere Jahre in die Dienste der Steigenberger KG trat, um dort eine führende Position einzunehmen.

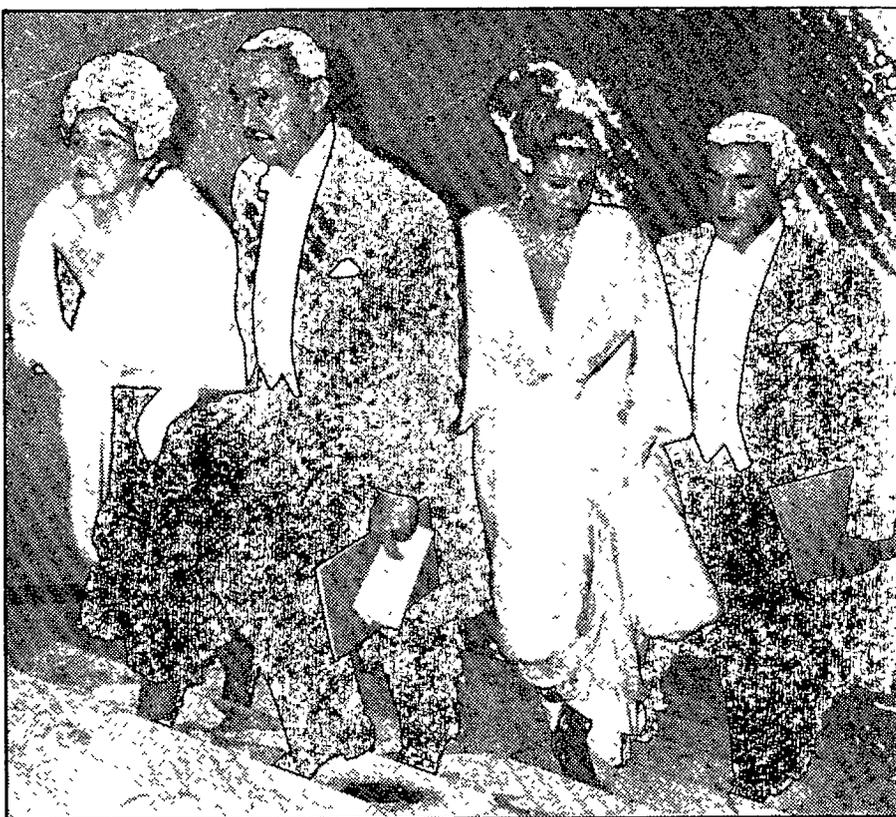
Auch Ex-Landrat Jacob, kürzlich zum geschäftsführenden Präsidenten des Bayrischen Sparkassen- und Giroverbandes gekürt, fesselt das Interesse der Volksvertreter. Weniger weil er nach dem Kriege ein NS-Arbeitsfront-Berg-haus ungemein wohlfeil zu erstehen vermochte, sondern weil die Berchtesgadener Kreissparkasse, als deren Verwaltungsratsvorsitzer er fungierte, aus Steigenbergers neuem Besitz das von den Amerikanern mittlerweile geräumte NS-Hotel „Deutsches Haus“ zum Kaufpreis von nur 150 000 Mark erwerben durfte. Inzwischen ist es abgerissen; ein Sparkassen-Neubau wird dort errichtet.

Der Ideenfabrikant der westdeutschen Finanzwirtschaft, Rudolf Münemann, schwärmt neuerdings von weißen Freizeithemden und schnurrenden Bootsmotoren. „Ich habe mich in letzter Zeit verrückt gemacht“, sagte er vergangene Woche. „Jetzt will ich meine Ruhe haben. Was man über mich schreibt, ist mir ... egal.“

Diese etwas resignierte Abkehr von der stürmischen Geschäftsfrent spiegelt die seelische Wetterlage des 56jährigen Finanzbosses wider, der unlängst einen großen Inventurausverkauf veranstaltete. Münemann hat in drei Etappen seinen Aktienbesitz an der Frankfurter Investitions- und Handelsbank (IHB)

Vermittler in aller Stille die Aktien der Darmstädter Getreidebank (nominell 1,4 Millionen Mark) und wandelte das unbedeutende Provinzunternehmen in die Investitions- und Handelsbank AG (heutiges Aktienkapital 41 Millionen Mark) mit Sitz in Frankfurt um.

Gegenüber der Millionärs-Herberge „Frankfurter Hof“ baute Münemann seinem liebsten Kind — wie er die IHB nannte — ein stattliches Verwaltungsgebäude. Endlich hatte er die Beletage erklommen und war salonfähig geworden. Dem neuen Haus strömten viele renommierte Kunden zu. Dafür sorgte unter anderem der vor wenigen Monaten verstorbene Generalbevollmächtigte des Neubankiers, Dr. Helmut Dauge, ehemaliger Ministerialrat im Bundesvertriebenenministerium. Er knüpfte vor allem Kontakte zum Hochadel an. Das blaue Blut pulste sogar im IHB-Aufsichtsrat, dem bis vor kurzem der hannoversche Prinz Welf Heinrich angehörte.



Familie Münemann: Rückzug in die Beletage

veräußert und sich auch aus der Bau- und Handelsbank AG Berlin-Köln zurückgezogen.

Damit beendete er seine Bankierskarriere, die er vor sechs Jahren hoffnungsvoll begonnen hatte. Der ehemalige Finanzmakler, der erstrangigen Industriefirmen Schuldscheindarlehen vermittelte, wollte damals seinen geschworenen Gegnern — den Großbanken — zeigen, daß auch er reguläre Bankgeschäfte machen könne. Oft hatte er voller Selbstironie gegrollt: „Ich bin den Herrschaften wie Abs (dem Primus der Deutschen Bank) nicht fein genug, bin ja nur der kleine Makler von der Straße und habe nicht einmal das Abitur.“

Als die Großbankiers 1958 zum Angriff gegen Münemanns Schuldscheinsystem bliesen, erwarb der Millionen-

Münemann war auch sehr stolz darauf, daß er so prominente Industriemänner wie den Mülheimer Hugo Stinnes zu seinen Großkunden zählte. Indes, das Arrangement mit dem Ruhrindustriellen verlief nicht so glücklich, wie es sich der Finanzier noch im vergangenen Spätsommer gewünscht hatte. Damals hatte sich Stinnes in einer hoffnungslosen Krise festgefahren. Münemann half ihm aus der Patsche, befreite ihn aber auch zugleich von seinem gesamten Industriebesitz (SPIEGEL 40/1963).

Der Sanierer übernahm das Stinnes-Imperium, nachdem er rund 75 Millionen Mark für die Schuldentilgung mobilisiert hatte. Während dieser turbulenten Elitzaktion sah er sich schon selbst den Industriellentron bestei-gen. Da ihm aber jede Industrierfahrung fehlt, verhandelte er mit dem ge-